

Betreff Planstellenbedarf Umsetzung "Handlungsstrategie - Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen"

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input checked="" type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGIG | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO | |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | |

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Beschluss Nr. 0193 der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Mai 2021

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

22-V-51-0019

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden
 finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün

Prognose Zuschussbedarf
abs.:
in %:

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist)
abs.:
in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
CO	2022	Jugendarbeit WI / Personalkosten	20.909	20.909	20.909	1300176/630098
CO	2022	Jugendarbeit WI / Arbeitsplatzkosten	4.850	4.850	936	1300176/680000
CO	2022	Deckung/Unterst.off.Arb.Ki.+Jug.fr.Träge			3.914	1015/785990
CO	2023	Jugendarbeit WI / Personalkosten	41.818	41.818	41.818	1300176/630098
CO	2023	Jugendarbeit WI / Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700	1.872	1300176/680000
CO	2023	Deckung/Unterst.off.Arb.Ki.+Jug.fr.Träge			7.828	1015/785990
Summe einmalige Kosten:			77.277	77.277	77.277	
CO	2024	Jugendarbeit WI / Personalkosten	41.818	41.818		1300176/630098
CO	2024	Jugendarbeit WI / Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1300176/680000
Summe Folgekosten:			51.518	51.518		

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 1.500 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Mit Beschluss Nr. 0193 der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Mai 2021 wurde beschlossen, dass die Handlungsstrategie „Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“ mit zusätzlichen Maßnahmen in 2022/23 fortgesetzt wird. Durch die Zusetzung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen vom 26. November 2021 und vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2022/23 sowie der erfolgten Beschlüsse besteht der Auftrag zur Umsetzung von verschiedenen Maßnahmen durch VI/51, die Anfang 2021 vom Amt für Soziale Arbeit sowie dem Sozialleistungs- und Jobcenter als aktuelle Herausforderungen identifiziert wurden. Diese beinhalten auch diverse Maßnahmen in der Abteilung Jugendarbeit (5104). Diesbezüglich müssen die notwendigen Personalressourcen geschaffen werden.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Umsetzung der Einzelmaßnahmen im Rahmen der Handlungsstrategie „digitale Bildung zielgruppengerecht verbessern“ ein zusätzlicher Personalbedarf von 0,62 VZÄ besteht.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 Zum Stellenplan 2024/2025 wird bei 510420 Bilden, Beteiligen, Kinder- und Jugendkultur eine zusätzliche Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ im Stellenwert S 12 (Kostenstelle 1300176) geschaffen.
 - 2.2 Zum Stellenplan 2024/2025 wird bei 510401 „Fachstelle Unternehmenskooperation“ der Stellenumfang der Stelle 18737 (TVöD E 9c, Umfang 0,5 VZÄ) um 0,12 VZÄ auf 0,62 VZÄ aufgestockt.
 - 2.3 Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ist das Personalkontingent des Stammpersonals Dez. VI ab 01.07.2022 um 0,62 VZÄ in dem Bereich 51 (ohne ZD, 5101, 5102, 5105 und 5109) zu erhöhen.
 - 2.4 Dezernat VI/51 wird legitimiert, die Stellenbesetzung nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und vorab der Genehmigung des Stellenplans 2024/2025 - aber erst ab Genehmigung des Haushaltes 2022/2023 durch die Aufsichtsbehörde - zunächst überplanmäßig durchzuführen.
 - 2.5 Hierfür entstehen für 2022 Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 25.759 €, in 2023 Gesamtkosten in Höhe von 51.518 €. Die Kosten stehen im Budget VI/51 zur Verfügung.
 - 2.6 Zur Fortführung der Maßnahmen ab 2024 entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 51.518 €, die von Dez. VI/51 zum Haushalt 2024/2025 angemeldet werden. Die Eingabevorgaben sind entsprechend zu erhöhen.
 - 2.7 Dezernat VI/51 wird beauftragt, in Verbindung mit Dezernat III/20 die haushaltsrechtliche Umsetzung vorzunehmen.

D Begründung

In der Handlungsstrategie „Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“ geht es um eine langfristige Strategie mit der Frage: Was müssen wir als Kommune tun, um die Bildungs- und Teilhabechancen von herkunftsbenachteiligten jungen Menschen zu verbessern. Mit Hilfe der Zusetzungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 konnten trotz Pandemiebedingungen wichtige Projekte auf den Weg gebracht werden.

Anfang des Jahres 2021 wurde mit Blick auf die eigenen Erfahrungen der verschiedenen Abteilungen sowie vor dem Hintergrund aktueller Studien aktuelle Herausforderungen identifiziert, die mit Blick auf die Zielgruppe herkunftsbenachteiligter junger Menschen noch nicht zufriedenstellend gelöst sind.

Mit Beschluss Nr. 0193 der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Mai 2021 wurde die Fortsetzung der Strategie in den Jahren 2022/2023 beschlossen.

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen in 2022/2023 liegt im Bereich der Medienpädagogik: Wie festgestellt wurde, produzieren und reproduzieren digitale Räume gesellschaftliche Strukturen. In digitalen Lebenswelten setzt sich die Benachteiligung der Zielgruppe fort. Ziel muss die Förderung von digitaler Urteils- und Handlungsfähigkeit im Sinne einer Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen als auch die Befähigung zu einer demokratischen Selbstbestimmung in einer digitalisierten Lebenswelt sein.

U. a. die Aufgaben der Aufbereitung und Verbreitung jugendrelevanter, politischer und gesellschaftlicher Themen in „jugendgerechter Sprache“, die Entwicklung medienpädagogischer und Peer-Projekte, die Zusammenarbeit und Kooperationen mit Dritten sowie die Gründung und Leitung von Jugendgruppen mit dem Ziel, Jugendliche zu befähigen, eine eigene Social Media-Werbekampagne zum Thema Ehrenamtliches Engagement durchzuführen etc., erfordert zusätzliches Personal mit explizitem Fachwissen.

Diese Maßnahme soll in der Abteilung Jugendarbeit angesiedelt werden, die Umsetzung dieser erfordert eine dauerhafte Schaffung eines Stellenkontingentes, welches dringend besetzt werden muss. Der Stellenwert S 12 wurde vorab nach vorgelegter Stellenbeschreibung durch Amt 15 bestätigt.

Eine weitere Maßnahme betrifft den Stadtteil Erbenheim. Das Hochfeld ist ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen. Die hier lebenden jungen Menschen sollen besonders gefördert werden, um Bildungsteilhabe und Bildungsergebnisse zu verbessern und Benachteiligungen zu reduzieren. Hier können Unternehmen die Träger der Sozialen Arbeit vor Ort bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen, indem die spezifischen Ressourcen von Unternehmen genutzt werden. Ein besonderes Ziel ist die Verknüpfung zwischen Erbenheimer Wirtschaftsunternehmen und dem Quartier Hochfeld. Vorbild ist das Projekt „gemeinsam aktiv. Stadtteipartner Schelmengraben“, welches seit 2013 von UPJ e. V. in Kooperation mit Amt 51 umgesetzt wird. Das Projekt wird gesteuert von der Fachstelle Unternehmenskooperation und durch einen geeigneten Freien Träger umgesetzt.

Aus dem hierfür vorgesehenen Budget werden 4,5 zusätzliche Wochenstunden in der Fachstelle finanziert, damit das Vorhaben durch die Expertise und bestehenden Netzwerkkontakte der Fachstelle effektiv unterstützt und koordiniert werden kann. Das Projekt soll langfristig in die Dachstrategie „Wiesbaden Engagiert!“ eingebunden werden.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

VI

Christoph Manjura

Digital
unterschrieben von
Christoph Manjura
Datum: 2022.03.28
16:26:25 +02'00'

Manjura
Stadtrat